

Der Winter droht hart zu werden

Die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm hat Minister Aiwanger auf Auslandsreise begleitet. Was jetzt bei Wasserstoff und Energie passieren muss – und wo es sich die Staatsregierung selbst schwer macht

INTERVIEW: MAXIMILIAN GERL

Als Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (FW) jüngst zu Wasserstoff-Gesprächen nach Schottland und Norwegen reiste, war die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm dabei – mit quasi einem Spezialauftrag: Als Vorständin des Zentrums Wasserstoff Bayern, kurz H2.B, sollte sie Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausloten. Die Professorin der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hat klare Vorstellungen, was beim Thema Energie passieren muss und wo es sich der Freistaat selbst zusätzlich schwer macht.

SZ: Frau Grimm, lassen Sie uns über die Delegationsreise sprechen. Zwei Länder in drei Tagen, das klingt erst einmal anstrengend. War es die Mühen wert?

Veronika Grimm: Ja, solche Reisen sind immer unglaublich durchgetaktet, aber trotzdem fruchtbar. Man sieht manchmal wenig vom Land, trifft dafür aber umso mehr Leute aus Wirtschaft und Politik, bekommt Einblicke in Unternehmen und anstehende Entscheidungen.

Sie waren ja nicht nur als Wirtschaftssachverständige dabei, sondern auch als Vertreterin der Wasserstoffbranche – und haben mit den Wasserstoff-Initiativen beider Länder Kooperationsverträge geschlossen. Was kann man sich darunter vorstellen?

Norwegen und Schottland sind für Bayerns Wasserstoffzukunft sehr interessant. Wir hatten über das H2.B schon vorher Kontakt mit den dortigen Netzwerk-Initiativen und werden künftig mehr gemeinsame Veranstaltungen durchführen und uns austauschen. Unsere bayerische Initiative vernetzt Firmen mit einem Sitz in Bayern, die zukünftige Wasserstoffwirtschaft geht aber natürlich weit darüber hinaus. Wir wollen daher bayerische Firmen gezielt mit norwegischen und schottischen Firmen in Kontakt bringen – und ihnen so neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen.

Und was haben Sie sonst von der Reise mitgenommen?

Vor allem, dass man in den potenziellen Exportländern von grünem Wasserstoff auf verbindliche Vereinbarungen zu Abnahmemengen wartet. Das ist letztlich die Voraussetzung, die Finanzierung für die Anlagen und die Infrastruktur zu erhalten, um dann die Wasserstoffproduktion großvolumig zu starten.

Den Wasserstoff müsste man dann aber noch nach Bayern bringen.

Genau deshalb macht es viel Sinn, dass die süddeutschen Bundesländer sich aktiv in die Debatte einbringen. Auch für den Aufbau der Logistik braucht es jetzt schon frühzeitig ein Commitment. Pipelines zu bauen dauert. Bayern kann das zwar nicht alleine machen, kann aber immer wieder darauf drängen. Die ansässigen Unternehmen können nur dann in die Umstellung ihrer Produktion auf Wasserstoff investieren, wenn sie wissen, wann wie viel Wasserstoff verfügbar sein kann.

Bis wann soll denn das alles idealerweise klappen mit dem Wasserstoff?

Die Planung für ein Wasserstoffstartnetz zielt auf 2030. Das ist ziemlich ambitioniert, aber das sollte man auch sein. Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass Energiepolitik auch Sicherheitspolitik ist.

Können Norwegen und Schottland überhaupt genug liefern, um den Energiehunger der Industrie zu stillen?

Bayern ist sehr aktiv, Verbindungen in alle Welt zu initiieren. Im arabischen Raum stellt man sich bereits auf den Export erneuerbarer Energien ein. Auch Australien oder Südamerika, das Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert derzeit besucht, sind als künftige Wasserstofflieferanten interessant. Man muss insbesondere aufpassen, sich am Ende nicht zu sehr von einem Land abhängig zu machen. Wozu das führt, erleben wir gerade beim Gas.

Davon versuchen Deutschland und Bayern, genug einzuspeichern, um Lieferstopps aus Russland zu begegnen. Wasserstoff als Ersatz ist da allenfalls die langfristige Lösung. Was ist die kurzfristige?

Kommt es zu einem Gas-Lieferstopp, dann wird es im Winter richtig eng, es dürfte dann eine Gaslücke geben. Deshalb müssen wir mit deutlich mehr Anreizen arbeiten. Wenn die Menschen zum Beispiel jetzt wissen, dass sie eine Prämie bekommen, wenn sie weniger Gas verbrauchen – dann kann jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten die Senkung seines Gasverbrauchs vorbereiten. Außerdem müssen wir unter anderem ausloten, ob wir mehr Gas aus anderen Ländern einkaufen können.

Wie sieht es mit der Kernkraft aus? Deren Aus haben Sie einst befürwortet. Unter anderem Ministerpräsident Markus Söder wirbt lautstark für eine Laufzeitverlängerung der verbliebenen AKW.

Die Lage macht eine Neubewertung notwendig: Man muss prüfen, ob das technisch geht und was es kostet. Falls möglich, sollte man die Kraftwerke fünf Jahre weiterlaufen lassen, als Puffer sozusagen. Die Gaspreise werden in den kommenden Jahren hoch bleiben und wir wollen nicht dauerhaft mit Kohle kompensieren.

Wären die Versorgungsunsicherheiten in Bayern kleiner, wenn wir mehr eigene Erneuerbare Energien hätten?

Definitiv. Wir müssen die Erneuerbaren in bisher unbekanntem Tempo ausbauen – und mit ihnen das Netz und die Trassen, die Strom aus Norddeutschland bringen sollen. Das ist bislang nicht am Geld gescheitert. Wir müssen die Genehmigungsverfahren beschleunigen und Bedenken klären, beispielsweise beim Naturschutz.

Und 10 H für Windräder abschaffen?

Die kann die Staatsregierung so nicht aufrecht erhalten. Sich beim Ausbau der erneuerbaren Energien und gleichzeitig beim Netzausbau zu blockieren, war keine Meisterleistung.

Wie groß ist dann Ihre Hoffnung, dass der Aufbau der Wasserstoffwirtschaft besser und schneller gelingt als bislang der Ausbau der Erneuerbaren?

Die Hoffnung ist groß. Ob sie sich erfüllt, ist eine andere Frage. Wir leben zum Glück in einer Demokratie, aber das bedingt teils langwierige gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Nicht alle Pläne, die man auf den Tisch legt, können am Ende realisiert werden. Aber ja, wir brauchen bei dem Thema mehr Dynamik. Und man muss den Menschen klarer sagen, was auf sie zukommt. Die Transformation der Wirtschaft bietet neue Chancen auf Arbeit und Wohlstand. Aber den Status Quo erhalten? Das

wird nicht funktionieren. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass unsere Welt in 20 Jahren so aussieht wie heute.